

Partnerprozess „Gesund aufwachsen für Alle!“ – Einführender Workshop für NRW

Diskussion in Arbeitsgruppen – Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Mittelpunkt der Gruppenarbeit standen die Reflexion eigener Erfahrungen, Ideen und Meinungen zum Partnerprozess bzw. zur Etablierung von Präventionsketten wie auch zu den Schwierigkeiten der Ansprache sozial benachteiligter Zielgruppen.

Generell wurden das Fehlen von Standards, die fehlende Bedarfsanalyse und der mangelnde Sozialraumbezug in vielen Präventionsprogrammen, die insbesondere sozial benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft ansprechen wollen, bemängelt.

Im Folgenden wird die Diskussion zu den Schwerpunkten der AG-Arbeit zusammengefasst:

Begrifflichkeiten

Einschätzung ist, dass es sich beim Modell „Dormagen“ nicht um Präventionsketten – sondern eher um Waben handelt. Generell sollte diskutiert werden, inwieweit der Begriff „Ketten“ die Intention des Ansatzes ausreichend beschreibt. In Bottrop wird ein entsprechendes Programm „Präventionspfade“ benannt.

Ein Gegenstand von Aktivitäten zur Bildung von „Ketten“ ist es, strukturelle Defizite abzubauen.

Um in Präventionsketten arbeiten zu können, ist es nicht nur erforderlich sich über die Zusammenarbeit zu verständigen, sondern auch über den Begriff und die Inhalte von Prävention. Der Gegenstand der Präventionsketten muss exakt definiert werden und fassbar sein.

Es ist die Frage zu stellen, welche Kinder in dem Programm gemeint sind. In den Präventionsketten „Gesund aufwachsen für alle“ geht es zum einen um einen frühen und lückenlosen Kinderschutz, zum anderen aber auch um die Herstellung von Chancengleichheit. Durch die steigende Kinderarmut erhält das Thema „kein Kind zurücklassen“ zunehmende Brisanz.

Partizipation und Zielgruppenansprache

Es sind keine weiteren Analysen zur Beschreibung von Defiziten erforderlich: Die Erkenntnisse, was benötigt wird, sind vorhanden, was fehlt, sind geeignete Strategien zur Erreichung von Zielgruppen.

Partizipation muss Grundelement auch schon in der Planung und Vorbereitung von Maßnahmen sein. Betroffenen sollten befragt werden, was sie brauchen.

Ziel von Maßnahmen sollte es immer sein, Bedürftige zu stärken und Umgebungen kinderfreundlicher zu machen.

Wichtig ist es jede Art von Stigmatisierung zu vermeiden, es gilt Bedürfnisse zu realisieren helfen. Bei der Konzeption von Maßnahmen und der Ansprache von Zielgruppen muss berücksichtigt werden, dass wir eine Analphabeten-Quote von 10% haben.

Bei Programmen, die sich an Kinder wenden, ist es erforderlich, auch die Eltern frühzeitig mit ins Boot zu nehmen. Die Bindung zwischen Eltern und ihren Kindern zu verbessern, ist ein wichtiges Ziel.

Erforderlich sind für die Durchsetzung von Programmen sind den Zielgruppen bekannte und akzeptierte Menschen, die als Türöffner und „Kümmerer“ dienen können. Hebammen können bei Programmen wie „sicherer Start“ eine große Rolle spielen. Sie werden eher als Vorbild akzeptiert.

Die zunehmende Delegation von Inhalten und Aufgaben an Institutionen schafft kein Mehrwissen bei Eltern, d. h. die Defizite in der Familie bleiben bestehen.

Es wird die Frage diskutiert, wie die Stadt Dormagen es schafft, 99 % der Eltern mit ihrem Programm zu erreichen. Als mögliche Begründung wird die im Ansatz inhärente grundsätzliche Wertschätzung aller Eltern gesehen sowie ein besonderer Ansatz des Zugehens auf die Zielpersonen.

Zur Wertschätzung gehört auch, vorhandenes Engagement nicht nur zur Kenntnis zu nehmen sondern auch zu verstärken und dies auch zu tun für das Engagement aus dem Freundeskreis oder der Nachbarschaft. Wichtig ist es kontinuierlich zu bestätigen, zu ermuntern und bei Bedarf Eltern auch an die Hand zu nehmen.

Für die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten sind interkulturelle Kommunikationsfähigkeiten erforderlich.

Daten zur sozialen Benachteiligung liegen vor; z.B. über die Schuleingangsuntersuchungen und die Zahnuntersuchungen.

Familienzentren und Stadtteilmanagement können als erste Zugangswege zu besonders bedürftigen Zielgruppen genutzt werden.

Der Setting-Ansatz muss in sehr ländlichen Gegenden ohne Ballungszentren allerdings anders verstanden und praktiziert werden als in Städten. Leider fehlen hier auch häufig die Unterstützungsstrukturen und die Ansprechpartner aus dem Gesundheitssystem.

Intersektorale Kooperation organisieren/ Zusammenarbeit in Präventionsketten

Strukturen für die Zusammenarbeit sind zu erarbeiten und dabei mögliche Konfliktpunkte zu identifizieren und das Nebeneinanderarbeiten in Säulen aufzubrechen. Vorhandene Kooperationsgremien wie die Kommunalen Gesundheitskonferenzen sind zu nutzen. Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Vernetzung dann gut läuft gut, wenn gemeinsame Ziele definiert und Verantwortlichkeiten geklärt sind.

Diskutiert wird die Frage, ob es für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit notwendig ist, dass Netzwerke „Chefsache“ sind.

Um bestimmte Zielgruppen ansprechen zu können, sind kreative und unkonventionelle Lösungen gefragt. Wichtig ist die Arbeit im Stadtteil. Hier gilt es Familienzentren oder Mehrgenerationenhäuser mit einzubeziehen. Sozialarbeiter als Quartiersmanager öffnen Zugänge. Kita und Schule sind zentrale Settings, die in jedem Fall einzubeziehen sind. Die Fachkompetenz von Ärzten hinsichtlich Diagnosen ist zu nutzen.

Bestehende Angebote sind mit anderen zu verknüpfen und dabei verpflichtende und überall gleiche Standards anzuwenden.

Als Problem wird gesehen, dass das neue Kinderschutzgesetz wiederum neue Vernetzungserfordernisse mit sich bringt (Kooperation mit Ärzten), bzw. diese vorgibt. Hierauf müssen sich bestehende Vernetzungsstrategien und –systeme einstellen.

Insbesondere der Austausch bzw. die Schnittstelle zwischen den Ressorts Jugend und Gesundheit muss ausgebaut und verbessert werden. Hier ist der größte Bedarf! Es müssen dabei alle Akteure der verschiedenen kommunalen Ebenen integriert werden (Landkreis, Städte, Land).

Landesarbeitsgemeinschaften können als neutrale Stellen genutzt werden.

Sozialdienste sind ein wichtiger zu integrierender Partner. Wohlfahrtsverbände generell sind ebenfalls wichtige Akteure, die aber eher dem Jugendressort nah stehen.

Bedarf, Angebot und Ressourceneinsatz

Tatsächliche Bedarfe bilden den Prüfrahmen von Angeboten.

Die Trägervielfalt stellt eine besondere Herausforderung dar: Sie sorgt auf der einen Seite für ein differenziertes und buntes Angebot, auf der anderen Seite können durch Konkurrenz und Doppelentwicklungen aber auch Mittel verloren gehen oder Angebote intransparent werden.

In vielen Hilfs- und Unterstützungsbereichen mangelt es an kommunalen Angeboten. Auf der andern Seite gibt es auch Überangebote von Maßnahmen, die aber von bestimmten Zielgruppen nicht erreicht werden können.

Kindergarten U3: Plätze für Kinder unter 3 Jahren sollen zur Verfügung gestellt werden, aber es fehlt an einer ausreichenden Qualifizierung der Erzieherinnen für diese junge Altersgruppe, zudem sind viele KiTas für diese kleinen Kinder unzureichend ausgestattet.

Es wird dafür plädiert, Projekte zu verstetigen statt immer wieder Projekte mit ungesicherter Finanzierung auf den Weg zu bringen. Ressourcen sollten zudem zielgerichteter in benachteiligten Bezirken eingesetzt werden.

Verwiesen wird auf gute Beispiele in Nachbarländer, so gibt es in Holland die Schule für Kinder ab 4 Jahren und die Schulpflicht ab 5 Jahre

Vernetzung – Chancen, Schwierigkeiten, Lösungswege

Chancen der Vernetzung

- Durch Vernetzung kann ein Wissenstransfer geschaffen werden, um letztlich Ressourcen zu sparen (Bsp. GBE-Daten, Zahnuntersuchung)
- Der Informationsfluss zwischen verschiedenen Akteuren unterschiedlicher Herkunft kann gestärkt werden
- Nachweisliche Erfolge können besser verbreitet und in die Fläche gebracht werden
- Verschiedene kommunale Maßnahmen können sinnvoller und vor allem wirkungsvoller mit einander in Einklang gebracht werden.

Schwierigkeiten der Vernetzung

- Vernetzung wird oft durch gewachsene Verhaftung in den einzelnen Ressorts (insbesondere Jugend und Gesundheit) erschwert
- Bestehende Strukturen sind sehr schwer zu ändern und häufig innovationsfeindlich
- Der kleinste gemeinsame Nenner, um sich zu einigen, reicht nicht aus, um weitreichendere Entscheidungen treffen zu können
- Eine neue oder weitere (möglicherweise externe) Qualitätsorientierung ist aufgrund von Misstrauen nicht immer erwünscht
- Knappe Ressourcen erschweren aufgrund von Konkurrenz die Kooperationen zwischen verschiedenen Institutionen

Wege zur Vernetzung

- Vernetzung wird deutlich erleichtert, wenn entsprechende Prozesse als Chefsache erklärt werden und eine interne Lobby hierfür in der Kommune besteht bzw. aufgebaut wird
- Argumentationshilfen (Daten, aufbereitete Fakten, aber auch der konkrete Mehrnutzen von Zusammenarbeit) unterstützen
- Ein konkretes und pragmatisches Vorgehen befördert Vernetzungsprozesse
- Gesundheitskonferenzen oder die Arbeit an konkreten Fällen
- Schriftliche Fixierung von Kooperationen